

hinaus wurde in einer Kooperationsvereinbarung mit der AOK Berlin-Brandenburg geregelt, dass sich die Gesundheits- und Sozialverwaltungen in Berlin und die fusionierte AOK auch in Zukunft regelmäßig zu den Themen der Gesundheits- und Pflegepolitik austauschen.

Ein Jahr nach dem Zusammenschluss der AOK Berlin und der AOK Brandenburg erfolgte zum 01.01.2011 eine weitere Fusion mit der AOK Mecklenburg-Vorpommern zur neuen **AOK-Nordost**. Sitz der fusionierten Kasse ist weiterhin Potsdam. Für den Sitz der AOK-Pflegekasse bleibt Berlin als Standort erhalten. Die Rechtsaufsicht über die Kranken- und Pflegekasse verbleibt im Land Brandenburg. Die neue AOK-Nordost wird auch in Zukunft eng mit den drei Landesministerien zusammenarbeiten und sich zu gesundheits- und pflegepolitischen Schwerpunkten austauschen. Die neue AOK-Nordost ist mit 1,8 Mio. Versicherten die größte Krankenkasse in den drei Bundesländern und gehört zu den Top 10 der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland. Als **Marktführer in Norddeutschland** kann die neue AOK-Nordost ihre Verhandlungsposition gegenüber Vertragspartnern stärker und für ihre Versicherten eine weitere Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung in allen Regionen, d. h. in den Städten und in den dünn besiedelten ländlichen Gebieten, vorantreiben. Das wohnortnahe Servicenetz bleibt mit 112 Standorten in den drei Bundesländern erhalten. Die AOK-Nordost startete ohne Zusatzbeitrag ins Jahr 2011⁸.

Berliner AOK-Versicherte seit Anfang 2011 in fusionierter AOK-Nordost mit 1,8 Mio. Versicherten

2.4 Umweltbezogener Gesundheitsschutz

Berliner Luftgüte

Die Luftqualitätsrichtlinie wird in nationales Recht durch das **Bundes-Immissionsschutzgesetz** (BImSchG) umgesetzt. Danach ist Berlin verpflichtet Luftparameter, die für Mensch und Natur eine Gefahr darstellen, zu erheben und die ermittelten Messwerte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dazu gehören u. a.: Schwebstaub (PM₁₀), Stickstoffdioxid (NO₂), Stickoxide (NO_x), Schwefeldioxid (SO₂), Benzol und Ozon (O₃). Für den Großteil dieser Luftparameter gibt es Grenzwerte und ergänzend Toleranzmargen.

Die **Berliner Luftqualität** wird kontinuierlich von der für den Umweltschutz zuständigen Senatsverwaltung mit Hilfe eines weitverzweigten **Messnetzes** gemessen. Mit Ausnahme des Feinstaubes und des Stickstoffdioxids nimmt die gesundheitsrelevante Luftbelastung ab bzw. bleibt unterhalb der Grenzwerte stabil.

Der von den Kraftfahrzeugen emittierte **Feinstaub** nimmt aufgrund der sich modernisierenden Fahrzeugflotte und der Fahreinschränkungen durch die Festsetzung der **Umweltzone** ab. Die Messungen beispielsweise an der starkbefahrenen Frankfurter Allee zeigen, dass damit auch der Gehalt an Dieselruß zurückgeht. Der Straßenverkehr trägt jedoch nur zu einem Anteil von ca. 35 % zur Feinstaubbelastung bei. Aufwirbelungen, meteorologische Bedingungen, wie kalte trockene Winter bei häufigen Hochdruckwetterlagen mit schwachen Winden und längere Heizperioden sind weitere Ursachen, die kaum zu beeinflussen sind.

⁸ Quellen:

1. G: GKV-Statistiken KM 6 und KM 1 / Gesundheitspolitische Informationen des BMG 01.11.
2. GKV Spitzenverband: Pressestelle GKV-SV 04.01.2011. Faktenblatt Thema: Änderungen zum 1.1.2011.
3. BVA-Beitrag: „So funktioniert der neue Risikostrukturausgleich im Gesundheitsfonds“, eingestellt auf BVA-Internetportal.
4. Dienst für Gesellschaftspolitik: dfg-Ranking vom 11. November 2010. Liste der deutschen Krankenkassen - Ranking nach Mitgliederzahlen Stichtag: 1. Oktober 2010.
5. Internetportal (www.krankenkassen.de): Liste der fusionierten Krankenkassen Oktober 2008 bis Januar 2011.
6. AOK-Pressinformation vom 29. Juni 2009 zur Fusion AOK Berlin-Brandenburg
7. Landespressestelle vom 11.09.2010: „AOK Berlin-Brandenburg - die Gesundheitskasse“, Länder Berlin und Brandenburg genehmigen Vereinigung.
8. AOK Forum für Berlin und Brandenburg (Ausgabe Winter): Artikel: AOK-Nordost startet zu Jahresbeginn - Bundesländer erteilen Genehmigung.
9. KV Blatt 02/11.
10. Dienst für Gesellschaftspolitik - Ranking Liste aller Krankenkassen in Deutschland nach Versicherten, Stichtag: 1. Oktober 2010 (Veränderung 01.01.2010 zum 01.10.2010).

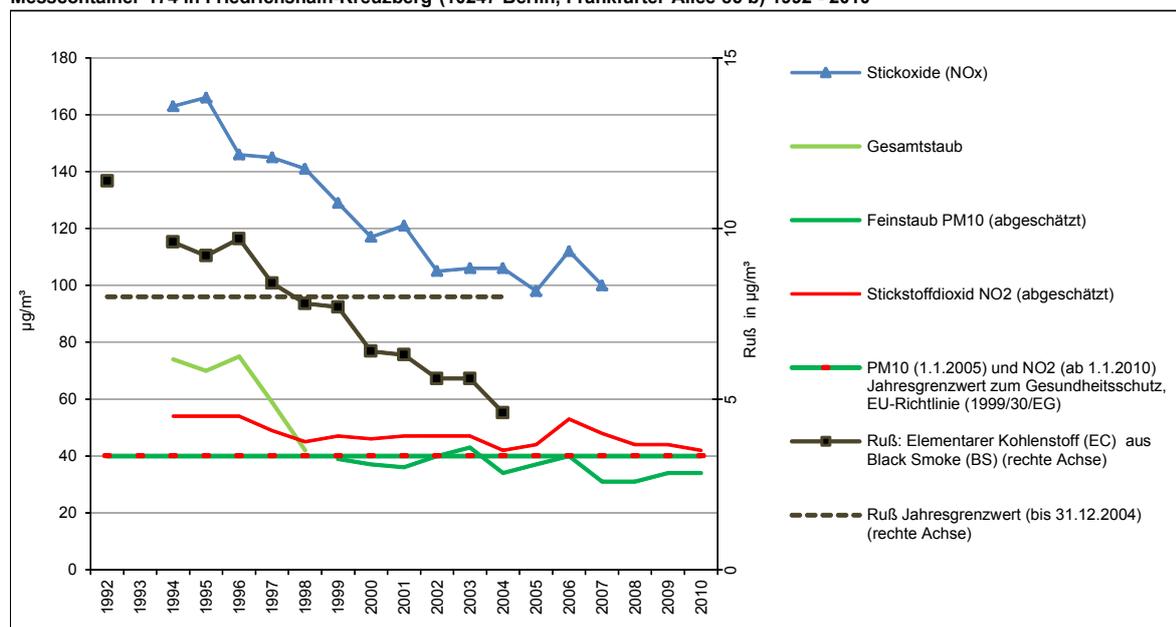
Die höchsten Konzentrationen an **Stickstoffoxiden** werden an eng bebauten, viel befahrenen Straßen gemessen, weil sich die Autoabgase dort nicht ungehindert ausbreiten können und daher nur langsam in der Atmosphäre verdünnt werden.

Hauptquelle der Luftbelastung durch Stickoxide in Berlin ist der Straßenverkehr

Stickstoffdioxid kann die menschliche Gesundheit nachhaltig schädigen, insbesondere können **Atemwegserkrankungen** zunehmen. Je höher die Stickstoffdioxid-Belastung in der Außenluft ist, desto ausgeprägter ist dieser Effekt. Schon eine vergleichsweise geringe Erhöhung an Stickstoffdioxid führt bei der Bevölkerung zu einem nachweisbaren Anstieg an Atemwegserkrankungen wie chronischem Husten oder chronischer Bronchitis sowie zu einer erhöhten Anfälligkeit gegenüber Atemwegs-Infekten. Die Hauptquelle der Luftbelastung durch Stickoxide in Berlin ist der Straßenverkehr, der stetig zunimmt. Der Beitrag des lokalen Verkehrs (ausschließlich Auspuffemissionen an stark befahrenen Straßen) verursacht mit 54 % mehr als die Hälfte der gesamten Belastung.

Die **bodennahe Ozonbelastung** folgt den jeweiligen meteorologischen Bedingungen. Hochdruckwetterlagen mit langer Sonnenscheindauer führen zum Anstieg der Messwerte am Stadtrand. Sie überschreitet in den Sommermonaten an einigen Standorten häufiger das festgelegte 8h-EU-Langfristziel. Aufgrund des Zusammenhangs mit der Stickoxidproblematik kann auch hier nur eine sinnvolle **Verkehrspolitik** Abhilfe schaffen (vgl. Abbildung 2.9 sowie im GSI verfügbare Tabellen [5.1-1](#), [5.2-1](#), [5.3-1](#), [5.4-1](#) und [5.5-1](#)).

Abbildung 2.9:
Verlauf der absoluten Jahresmittelwerte in $\mu\text{g}/\text{m}^3$ für Gesamtstaub, Ruß, Black Smoke, PM10, NO₂ und NO_x am BLUME-Messcontainer 174 in Friedrichshain-Kreuzberg (10247 Berlin, Frankfurter Allee 86 b) 1992 - 2010



(Datenquelle: SenStadt Berlin, BLUME-Messnetz, Umweltatlas Berlin)

Weitergehende Ausführungen sind dem Luftreinhalteplan und Aktionsplan für Berlin 2005 - 2010⁹ zu entnehmen.

Lärmschutz

Schall durchdringt unser Leben allorts und zu jeder Zeit. Schall wird aufgrund seiner Wahrnehmung, aber auch aufgrund objektiver Kriterien zum Lärm und kann zu nachhaltigen gesundheit-

⁹ SenStadt (2005): Luftreinhalteplan und Aktionsplan für Berlin 2005 – 2010. Unter <http://www.berlin.de/sen/umwelt/luftqualitaet/de/luftreinhalteplan/> im Internet verfügbar.

lichen Schäden führen. **Lärm** wird aufgrund seiner Verbreitung im Alltag von vielen Menschen als **prioritäre Umweltbelastung** empfunden. Dazu wurden in früheren Basisberichten (u. a. Basisberichte 2008 und 2005, jeweils Abschnitt 5.1.3 - Umweltbedingte Lärmbelastung) bereits differenzierte Ausführungen gemacht.

Lärmschutzpolitik - auch im Rahmen der Europäischen Union - ist es weiterhin, harmonisierte Grenzwerte für Produkte im Binnenmarkt festzulegen, um von Motorfahrzeugen, Haushaltsgeräten, zur Verwendung im Freien vorgesehene Geräte und Maschinen usw. ausgehende Emissionen zu begrenzen. Etwa 80 Mio EU-Bürger (ca. 20 %) sollen Erhebungen zufolge unter den Lärmpegeln leiden, die von Gesundheitsexperten als nicht akzeptabel eingestuft werden.

Nach Auswertungen der für den Umweltschutz zuständigen Senatsverwaltung sind allein vom Straßenverkehrslärm ca. 193.000 Menschen von Nachtpegeln >60 dB(A) betroffen. Nach den „Guidelines for Community Noise“ der WHO aus dem Jahr 1999 sollten **mittlere Außenschallpegel** von mehr als 55 dB(A) tagsüber, abends und nachts von über 45 bis 50 dB(A) vermieden werden, um erhebliche Belästigungen in nennenswertem Umfang zu vermeiden. Für einen ungestörten und gesunden Schlaf sind gemittelte Pegel von 30 dB(A) bzw. max. Schallpegelspitzen von 45 dB(A) notwendig. Im Jahr 2009 erschienen die „**Night Noise Guidelines for Europe**“, in denen als Jahresmittelwert nachts außen vor den Gebäuden ein gesundheitlich abgeleiteter Wert von max. 40 dB(A) formuliert wird. Nur wenn dieser Wert kurzfristig nicht erreicht werden sollte, gilt als vorübergehendes Ziel ein Maximalpegel von 55 dB(A).

193.000 Menschen
in Berlin von Nacht-
pegeln >60 dB(A)
durch Straßenver-
kehrslärm betroffen

Mit dem „Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm“ vom 24. Juni 2005 wurde die EG-Umgebungslärmrichtlinie in nationales Recht umgesetzt. Das **Bundes-Immissionsschutz-Gesetz** (§ 47) wurde entsprechend angepasst. Für das Land Berlin existiert seit 2008 ein **Lärmaktionsplan**, der sich schwerpunktmäßig mit den hauptsächlichen Lärmquellen Straßenverkehr, Straßenbahn und oberirdische U-Bahn beschäftigt¹⁰. Die nächste dem Aktionsplan zugrunde liegende Lärmkartierung erfolgt turnusgemäß 2012 (Daten zur Verkehrslärmexposition der Bevölkerung vgl. Basisbericht 2008 - Tabellen 5.2.8 und 5.2.9).

Wegen zahlreicher Baumaßnahmen vielerorts in Berlin werden die Bürgerinnen und Bürger immer wieder Lärmbelästigungen ausgesetzt sein. An ausgewählten Großbaustellen werden vor benachbarten Wohnhäusern Mittelungspegel von bis zu 80 dB(A) erreicht. Zu den rechtlichen Regelungen zum Schutz der Anwohner, aber auch zu unvermeidbaren Belästigungen, die hingenommen werden müssen, hat die für den Lärmschutz zuständige Senatsverwaltung eine **Baulärmbroschüre** herausgebracht¹¹.

Überwachung der Badegewässerqualität

Im Rahmen der Überwachung der Badegewässer wurden während der Badesaison 2010 vom 15. Mai bis 15. September regelmäßig in 14-tägigen Abständen insgesamt 38 Badestellen auf **mikrobiologische und physikalisch-chemische Parameter sowie auf Algenwachstum** untersucht. Bedingt durch Algenmassenentwicklungen war am häufigsten der Parameter für die **Sichttiefe** zu beanstanden (vgl. im GSI verfügbare Karte und Tabelle 5.14z-2). Die geringsten Sichttiefen wurden in den nährstoffreichen Badegewässerabschnitten der Dahme (25 cm) und Unterhavel (40 cm) festgestellt. Während im Frühjahr Kiesel-, Grün- und Goldalgen dominierten, war im Spätsommer das Wachstum von Blaualgen mit toxinproduzierenden Stämmen begünstigt. Gegenüber den Vorjahren war jedoch das mittlere und maximale Biovolumen von Blaualgen während der Badesaison 2010 wesentlich geringer. Klimatisch bedingt waren Algenblüten ebenso von wesentlich kürzerer Dauer als üblich. Die gemessenen Microcystinkonzentrationen in Gewässern mit Blaualgenansammlungen lagen

¹⁰ www.berlin.de/sen/umwelt/laerm/laermminderungsplanung/de/laermaktionsplan/index.shtml, zuletzt aufgerufen am 13.07.2011.

¹¹ SenGesUmV (2011): Baulärm. Informationen, Rechts- und Verwaltungsvorschriften. www.berlin.de/sen/umwelt/laerm/baulaerm/de/download/baulaerm-info.pdf, zuletzt aufgerufen am 13.07.2011.

in der Regel weit unter dem vom Umweltbundesamt vorgeschlagenen Warnwertes von 10 µg/l. Anlassbezogen wurden an der Unterhavel im Bereich dichten Algenvorkommens eine maximale Microcystinkonzentration von 15,1 µg/l ermittelt und entsprechende Empfehlungen und Warnhinweise ausgesprochen.

Aufgrund von **Grenzwertüberschreitungen bei mikrobiologischen Parametern** (vgl. im GSI verfügbare Karte und Tabelle [5.14z-1](#)) gab es während der Badesaison an insgesamt sieben Badestellen Beanstandungen. Hier wurde das Baden vorübergehend nicht empfohlen und über die Medien, das Internet und Aushänge in den Freibädern bekanntgegeben. Weitere Auskünfte erhielten die Badewilligen über das Badegewässertelefon des LAGeSo.

erstmals wurde für jedes EU-Badegewässer in Berlin ein Badegewässerprofil erstellt

Die Ursachen für diese Grenzwertüberschreitungen waren nicht in jedem Fall zu ermitteln. Um ein besseres Verständnis für die Einflussfaktoren, die sich auf die Badegewässerqualität auswirken, zu entwickeln, wurde erstmals für jedes EU-Badegewässer im Land Berlin ein **Badegewässerprofil** erstellt.

Mit der Erstellung von Badegewässerprofilen soll ein **aktives Management einer Badestelle** eingeführt werden, was über eine reine Qualitätsüberwachung durch Messungen von einzelnen Qualitätsparametern hinausgeht. Die Badegewässerprofile sollen künftig ermöglichen,

- zeitnah Vorhersagen zur Entwicklung der Badegewässerqualität zu treffen,
- Art, Häufigkeit und Dauer zu erwartender kurzzeitiger Verschmutzungen abzuschätzen,
- Ursachen von Verschmutzungen zu erkennen und zu beschreiben sowie
- entsprechende Bewirtschaftungsmaßnahmen zur Verbesserung der Badegewässerqualität abzuleiten.

Das jeweils örtlich zuständige Bezirksamt sorgt dafür, dass ab 2012 während der Badesaison **in der Nähe der Badegewässer Informationstafeln** aufgestellt werden. Diese Informationstafeln enthalten Informationen über die letzte EU-Einstufung des Badegewässers, mögliche kurzzeitige Verschmutzungen und deren Ursachen, sowie, falls erforderlich, ein Abraten vom Baden oder evtl. Badeverbote aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes.

2.5 Kernaussagen

Berliner Bevölkerung

- In Berlin leben derzeit 3.460.725 Personen, 51 % von ihnen sind Frauen und 14 % haben eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Die **Bevölkerungszahl** Berlins stieg im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um rd. 18.000 Personen, damit konnte im sechsten Jahr in Folge für die Bundeshauptstadt ein Bevölkerungszuwachs registriert werden.
- Die positive Bevölkerungsbilanz wurde insbesondere durch einen **Wanderungsgewinn** von 16.800 Personen bestimmt. Den größten Anteil an dem Wanderungsgewinn hatten die Zugezogenen, die aus den alten Bundesländern ihren Wohnsitz nach Berlin verlagerten. Erfreulicherweise lässt sich für Berlin auch im Jahr 2010 - fortgesetzt seit 2007 - ein **Geburtenüberschuss** feststellen. 32.234 Berlinerinnen und Berliner sind 2010 verstorben, knapp 2 % mehr als im Vorjahr. Im Verlaufe des Jahres 2010 kamen 33.393 Kinder lebend zur Welt, dies bedeutet einen Anstieg um 1.289 Kinder bzw. 4 % im Vergleich zum Vorjahr.
- Insgesamt 26 % bzw. rd. 870.000 Berlinerinnen und Berliner verfügten am 31.12.2010 über einen **Migrationshintergrund**. Die bezirkliche Spannweite liegt zwischen 45 % im Bezirk Mitte und 7 % im Bezirk Treptow-Köpenick. Berlin befindet sich mit seinem Migrantenanteil aber insgesamt im unteren Drittel der Großstädte, Städte wie Frankfurt a. M. (über 40 %), Stuttgart (38 %) oder Köln (33 %) haben einen deutlich höheren Anteil.